

# Piraten wollen ungefilterte Infos

Ratsherr kritisiert: Mandatsträger bekommen keine direkten Auskünfte im Laatzener Rathaus

**Sollen Laatzens Politiker mehr Einblick in die Vorgänge der Stadtverwaltung erhalten? Piraten-Ratsherr Heiko Schönemann meint Ja – und stört sich an geltende Vorschriften im Rathaus. Diese verbieten es Mitarbeitern, gewählten Vertretern direkt Auskunft zu geben.**

VON JOHANNES DORNDORF

**LEINETAL.** Heiko Schönemann ist nicht der Erste, der sich an der aktuellen Auskunftsregelung stört: Vertreter von CDU und Grünen hatten schon in der Vergangenheit wiederholt ihren Unmut geäußert. Der Piraten-Ratsherr übt allerdings deutlichere Kritik als seine Ratskollegen: „Die Stadtverwaltung scheint ganz bewusst dafür zu sorgen, dass

nur sauber gefilterte und rechtlich sichere Informationen an die Kontrolleure gelangen, nämlich uns. Das ist in meinen Augen ein Unding“, sagt Schönemann.

Juristisch geht es um die sogenannte Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung der Laatzener Verwaltung. Die Kommune ist nicht die einzige mit einem solchen Paragraphenwerk – auch andere Städte und Gemeinden regeln ihre Geschäfte darin. Die aktuelle Fassung stammt aus dem Jahr 2011. Darin heißt es: „Die Zusammenarbeit mit den Ratsfrauen und Ratsherren sowie die Beantwortung von Anfragen obliegt dem Verwaltungsvorstand sowie dem Leitungsstab. Bei unmittelbaren Anfragen sind die Ratsmitglieder an den Lei-

tungsstab zu verweisen.“ Schönemann sieht darin eine Form von Zensur. Wenn der Rat nur auf diese Weise gefilterte Informationen erhalte, so argumentiert er, könne er seiner Aufsichtsfunktion nicht frei nachkommen. Er hofft nun, dass Laatzens künftiger Bürgermeister Jürgen Köhne die Regeln lockern wird: „Ich hoffe, dass die Änderung eine der ersten Amtshandlungen von Herrn Köhne wird.“

Tatsächlich geht jede Stadt anders mit dem Thema um – wenigstens es Gemeinsamkeiten gibt. Die Stadt Pattensen betont „das Recht des Rates, Einsicht in die Akten zu nehmen“ – allerdings nur auf Verlangen eines Viertels der Ratsmitglieder. Ohne einen solchen Auftrag erhalten Ratsmitglie-

der Informationen genauso wie alle anderen Bürger auch – „im Rahmen einer bürgernahen Verwaltung“, heißt es. Verlangen Kommunalpolitiker Akteneinsicht oder Auskünfte über vertrauliche Vorgänge, sei der Bürgermeister zu informieren.

Die Stadt Hemmingen hat ebenfalls eine Dienstvorschrift, die etwa den Umgang mit der Presse regelt. Einschränkungen für Ratsmitglieder gibt es darin aber nicht. Reservierter zeigt sich wiederum die Region Hannover, die das Thema in einem einzigen Satz abhandelt: „Auskünfte an Regionsabgeordnete werden ausschließlich durch die Wahlbeamten erteilt“, heißt es – also alle Dezernenten und Regionspräsident Hauke Jagau.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken